

ERSTSEMESTER — INFO

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

ASTA-INFO 1.10.1970 30

Liebe neue Kommilitonin und lieber neuer Kommilitone!

Sicherlich werden Dir von verschiedenen Seiten Glückwünsche zum Studienbeginn überbracht. Das tun wir nicht. Wir wollen Dir zwar nicht den Mut nehmen, können aber versichern, daß im Laufe der Zeit Dir genügend Dinge sehr mißfallen werden, wie z.B. überfüllte Hörsäle, schlechte Praktika, schwierige Zimmersuche, Mensa-Traub, Ordinarienwillkür usw.

Studenten, die leicht aufstecken, passen sich da lieber an und motzen nicht, um ja nicht unangenehm aufzufallen. Sie meinen, wenn sie die Durststrecke Studium durchlaufen haben, werden sie einen tollen Job in der Industrie oder Verwaltung haben, in dem sie viel Geld verdienen und ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Diese Ansicht ist jedoch ein schwerwiegender Trugschluß, denn das Durchlaufen der Durststrecke hält das ganze Leben an. Finanziell gesehen geht es dem Akademiker natürlich besser als den Studenten und Arbeitern, die irrationalen Zwänge aber hören nicht auf. Er wird in eine Hierarchie gesteckt und ist in mancher Hinsicht vom Arbeitgeber abhängiger als die Arbeiter. (Näher kann hier wegen der Kürze nicht eingegangen werden, die Basisgruppen haben aber zu diesem Thema schon ausführliche Artikel geschrieben und veröffentlicht.)

Eine Anpassung an die miesen Studienverhältnisse ist also die denkbar schlechteste Lösung. Wer schon als Student sich scheut Widerstand zu leisten, wird später im Beruf noch viel weniger in der Lage dazu sein und zu einem perfekten Untertan werden. Eine sinnvolle Lösung kann deshalb nur darin bestehen, Solidarität zu üben und alle Mißstände gründlich abzuschaffen. Dieses Ziel haben sich die an der TH Darmstadt bestehenden Basis- und Projektgruppen gesteckt. Sie beschäftigen sich nicht nur mit Studienangelegenheiten, sondern auch mit gesellschaftspolitischen Problemen. Die Hochschule ist ja kein isolierter Freiraum der Gesellschaft, sondern nur ein Teil von ihr. Daraus folgt, daß Hochschulpolitik nur im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Veränderungen zu sehen ist. Zu glauben, man könne effektive Hochschulreformen erkämpfen, ohne daß sich die übrige Gesellschaft ändert, bedeutet nur Illusionen nachzuhängen und läßt die außerhochschulischen Einflüsse, Industrieinflüsse etwa, die bestimmend sind, völlig außer acht.

Zur Zeit gibt es an der TH Darmstadt folgende Basis- und Projektgruppen:

- BG Bauingenieurwesen
- BG Biologie
- BG Chemie
- BG Elektrotechnik
- BG Gewerbelehrer
- BG Internationalismus
- BG Mathe/Physik
- BG Sport
- BG Wirtschaftsingenieurwesen
- BG Technologie
- Zentralrat der Lehramtskandidaten.

Zu Beginn des Wintersemesters werden die Gruppen noch ihre Tagungsorte und -zeiten bekanntgeben. In den ASTA-Räumen halten sich besonders um die Mittagszeit häufig Mitglieder auf. Es ist günstig mal nachzufragen.

Die Studentenbewegung in Darmstadt

Die Studenten der Hessischen Hochschulen bilden gemäß dem Hochschulgesetz vom 12.5.70 Studentenschaften. Die Studentenschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und als solche Glied der Hochschulen. "Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft von ihren Mitgliedern Beiträge." (§ 26,4 HHG)

Diese Rechtsstellung, die der Studentenschaft eine starke rechtliche und finanzielle Position sowohl in der Hochschule als auch gegenüber der Staatsmacht sichert, hat es bisher ermöglicht, daß die Studentenschaften eine von äußeren Eingriffen unabhängige Politik betreiben konnte, was letztlich dazu führte, daß es gerade die Studentenschaften sind, die ein Zentrum der Kritik an bestehenden Gesellschaftsverhältnissen bilden. In Darmstadt ist das aber erst seit 1969 der Fall. Bis dahin war die Studentenvertretung eine elitäre ständische Interessenvertretung, die ihre Aufgabe darin sah, den Studenten Wege zu weisen, wie sie möglichst reibungslos irrationale Studiengänge und Prüfungen absolvieren können, anstatt die Hintergründe der Irrationalität aufzuzeigen und die Studenten anzuregen sie zu bekämpfen, etwa für die Abschaffung der Prüfungen einzutreten.

Langsam merkten auch die Darmstädter Studenten, daß die Ursachen der Hochschul- und Studienmisse in gesellschaftlichen Dingen lag, die von den Ordinarien nach Strich und Faden über ihr gehauen worden war und es die Angelegenheit der Studenten ist, die erforderlichen Maßnahmen zur Abschaffung der alten Ordinarienuniversität zu treffen.

Die anfangs von der offiziellen Studentenvertretung separat operierenden Hochschulgruppen wie SDS, HSU und SHG gingen zwar davon aus, daß es gelte die Gesellschaft zu revolutionieren, und in ihren konkreten Aktionen griffen sie in Übereinstimmung mit der Westberliner- und Westdeutschen Studentenbewegung die wesentlichen Feinde der unterdrückten Bevölkerungsteile an: den Kapitalismus in seiner schärfsten Gestalt, den Imperialismus (am Beispiel der US-Aggression in Vietnam), das Meinungsmonopol weniger Kapitalisten (am Beispiel Springer) und

die verfassungsmäßige Absicherung kapitalistischer Herrschaftsmechanismen (Notstandsgesetzgebung).

Diese Aktionen und ihre Vermittlung blieben jedoch in Ansätzen stecken. Zwar wurde verbal immer wieder die Anforderung erhoben, es müßte den Studenten verständlich gemacht werden, daß ihre Probleme (Prüfungen etc.) gesellschaftliche seien, daß Forschung fremd- und von privatwirtschaftlichen Interessen her, bestimmt sei u.s.w., aber stattdessen stürzte man sich auf die Gremienpolitik, fertigte Satzungen und Geschäftsordnungen an, erreichte sogar Drittelparität in den meisten Gremien der Hochschulselbstverwaltung. (Genauer Gang der Entwicklung: siehe Hochschulführer, im ASTA erhältlich). Man glaubte die Drittelparität funktionalisieren zu können für tatsächliche Reformen der Studien-, Forschungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Das gelang keineswegs und konnte auch gar nicht gelingen. Es erwies sich als Illusion, die Hochschule als demokratische Insel ausbauen zu wollen, während sich die übrige Gesellschaft nicht verändert. Forschung und Lehre galt immer noch als die Privatangelegenheit von industrieabhängigen Ordinarien. Selbstverständlich folgt daraus, daß wir für gesellschaftliche Veränderungen kämpfen müssen.

Mit dem Hessischen Hochschulgesetz vom 12.5.70 wurden die studentischen Bemühungen der letzten beiden Jahre endgültig zunichte gemacht. Was aber nicht zunichte gemacht werden konnte, war die außerinstitutionelle Arbeit verschiedener Basis- und Projektgruppen. Diese Arbeit bietet auch alleine Gewähr, langfristig Veränderungen zu erreichen. Erfolge werden nicht durch Taktikerei in Gremien erkämpft, sondern durch Druck von außen. Die Macht von studentischen Vertretern in Gremien ist nur so stark, wie stark die Macht der Gruppen die sie vertreten. Daraus folgt: wir müssen den Kampfwillen der Studenten mobilisieren, die Basisgruppen stärken, damit wir unsere Interessen, die nicht nur rein studentische sein können sondern gesellschaftsverändernde mit enthalten müssen, kraftvoll vertreten können.

Studentische Sozialpolitik

Studentische Aktivitäten zur materiellen Unterstützung "bedürftiger" Kommilitonen hat es schon früher gegeben, davon künden heute noch Einrichtungen wie Freitischvergabe, Mitfahrerdienst, Bücherverkauf unterm Ladenpreis usw. Diese sinnvoll unter dem Namen "Sozialreferat" zusammengefaßten Dienste hatten eines gemeinsam: Sie versuchten, den Studenten seine oft jammervolle soziale Situation erträglicher zu machen, sie kurierten am Symptom.

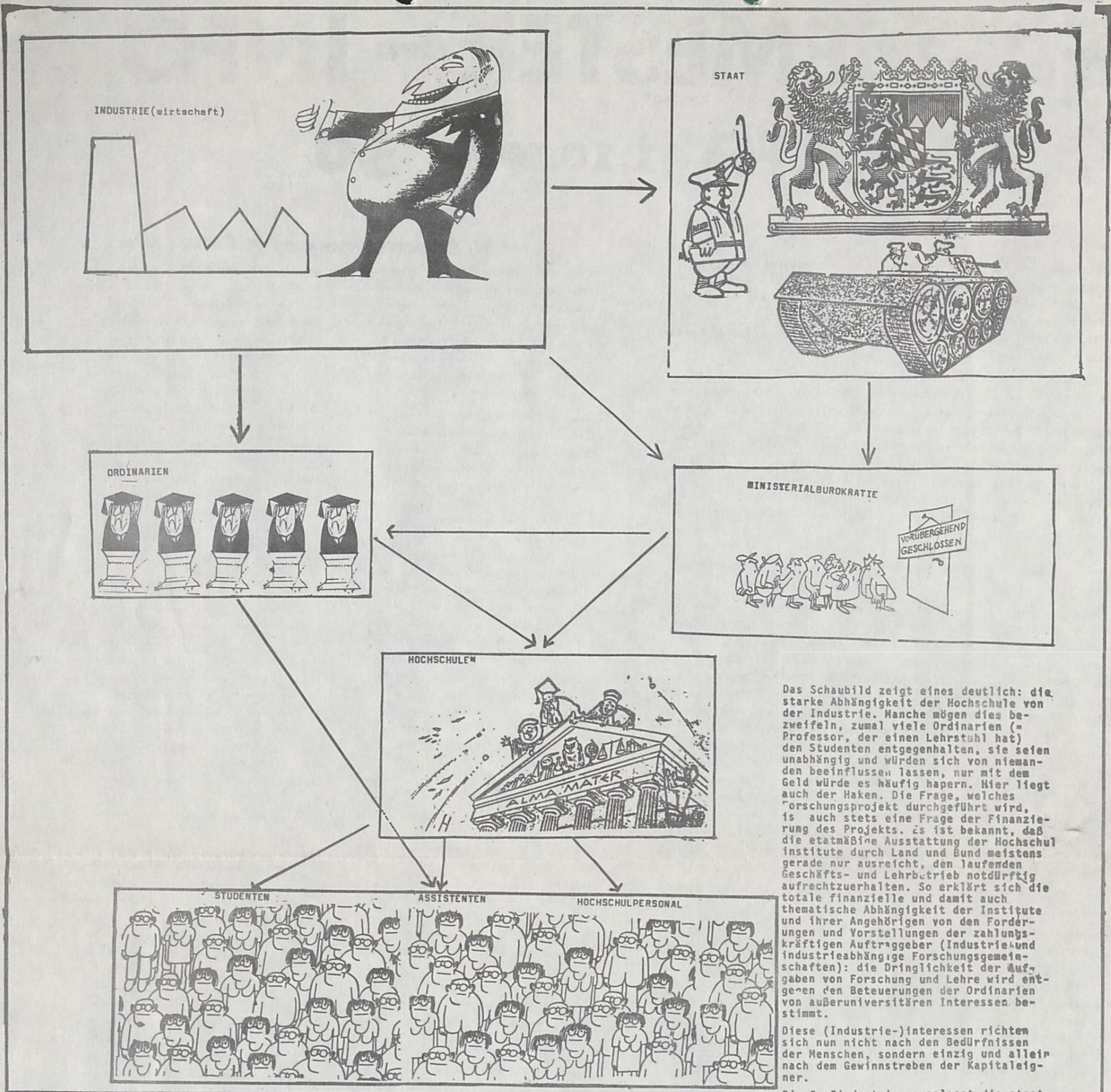
Die miserable Situation der Studenten als Almosenempfänger hat sich nie geändert, wohl aber die Vorstellung davon, wie sie zu verbessern sei. Ein solcher Wandel ist Ergebnis der Studentenrevolte: Einmal zeigte sich in der Auseinandersetzung um Ausbildungsförderung, Wohnungsprobleme, ärztliche Betreuung, Kinderkrippen und -gärten usw. die Unmöglichkeit, systemkonform entscheidende Verbesserungen zu erzielen. Zum anderen hat die kritische Analyse der gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge sozialer Ungerechtigkeit die politisch bewußten Studenten befähigt von den Symptomen zu den Ursachen vorzustoßen und strategische Modelle eines Kampfes für soziale Gerechtigkeit zu entwickeln. Der Beginn einer studentischen Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient ist verknüpft mit der Etablierung linker Asten.

Studenten sind das letzte, schwächste Glied in einer Kette von Zuständigkeiten und Befugnissen im Bildungssektor. Auf sie werden letztlich

die Folgen grundsätzlicher Widersprüche in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft abgewälzt.

Die Größenordnung der notwendigen Investitionen und die Bedeutung von Ausbildung lassen sich notwendig zu einer gesellschaftlichen Aufgabe werden. Ihre Kosten werden von der Allgemeinheit getragen. Aber Ausbildung verursacht nicht nur Kosten, sie bringt auch ungeheure Gewinne: dann nämlich, wenn die Ausgebildeten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in materielle Produktion umsetzen. Eine kleine Minderheit von Großaktionären und Produktionsmitteleigentümern ist damit Nutznießer der von der Allgemeinheit getragenen Bildungsinvestitionen.

Ganz allgemein gilt eben für den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise: Abwälzung der Lasten auf die Masse der Bevölkerung - Privatisierung der Gewinne in den Taschen weniger. Die Folgen lassen sich am Zustand der Hochschulen (Schulen, Berufsschulen, ...) ablesen: kein Geld für Studienplätze, kein Geld für lernintensive Formen der Wissensvermittlung, die natürlich teurer sind als die nutzlosen Massenvorlesungen), eine "Ausbildungsförderung", die diesen Namen nicht verdient, Wohnungsnot usw.. Studentische Sozialpolitik kann also nur sein: soziale Mißstände nicht in reformistischer, systemstabilisierender Weise zu kurieren, sondern durch Unterstützung bestimmter Projekte die Gesellschaftskritik voranzutreiben und die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins.



Das Schaubild zeigt eines deutlich: die starke Abhängigkeit der Hochschule von der Industrie. Manche mögen dies bezweifeln, zumal viele Ordinarien (= Professor, der einen Lehrstuhl hat) den Studenten entgegenhalten, sie seien unabhängig und würden sich von niemanden beeinflussen lassen, nur mit dem Geld würde es häufig hapern. Hier liegt auch der Haken. Die Frage, welches Forschungsprojekt durchgeführt wird, ist auch stets eine Frage der Finanzierung des Projekts. Es ist bekannt, daß die etatmäßige Ausstattung der Hochschuleinstitute durch Land und Bund meistens gerade nur ausreicht, den laufenden Geschäfts- und Lehrbetrieb notdürftig aufrechtzuerhalten. So erklärt sich die totale finanzielle und damit auch thematische Abhängigkeit der Institute und ihrer Angehörigen von den Forderungen und Vorstellungen der zahlungskräftigen Auftraggeber (Industrie- und industrieabhängige Forschungsgemeinschaften): die Dringlichkeit der Aufgaben von Forschung und Lehre wird entgegen den Beteuerungen der Ordinarien von außeruniversitären Interessen bestimmt.

Diese (Industrie-)interessen richten sich nun nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern einzig und allein nach dem Gewinnstreben der Kapitaleigner.

Die Großindustrie veranlasst die staatlich organisierte Wissenschaft ihren Bedürfnissen entsprechend zu praxisorientierten Forschungsarbeiten. D. h. Forschung, die Produkte erzeugt, mit deren Verkauf sich viel Geld machen läßt. Die in unserem Staat privatwirtschaftlich organisierte Industrie hat aber nicht nur an der Hochschulforschung, sondern auch am Ausbildungsgang der Studenten ein großes Interesse. Diese Industrie will natürlich nicht Wissenschaftler, die die jetzige Art der Verwertung in Frage stellen, sondern solche die Kritik nur innerhalb des abgegrenzten Fachbereiches üben, sich einschränken und anpassen können. Sie sollen sein "kompetent aber besch. inktz. aktiv aber folgsam, intelligent aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare Funktion hinausgeht."

(Alle diese Probleme werden in dem paper der Basisgruppe Chemie: "die industrielle Hochschulreform" ausführlich behandelt. Für DM 1,- ist dieses paper im Asta zu kaufen)

Das wichtigste der studentischen Selbstverwaltung in Stichworten.

Fachschaft - Gesamtheit der Studenten einer Fakultät. Diese wählt in Parlamentswahlen die

Fachschaftsvertreter - sollen die Interessen der Studenten wahrnehmen, wie mehr Studienplätze, Kampf gegen miese Lehrveranstaltungen und Ordinarienwillkür. Die Gesamtheit aller Fachschaftsvertreter bilden das

Studentenparlament - zur Zeit 64 Mitglieder. Legt die Grundlagen der Studentenschaftspolitik fest, beschließt den Haushaltsplan und wählt den

AStA (der) - Allgemeiner Studentenausschuß, zur Zeit aus 5 Mitgliedern bestehend, die während ihrer Amtszeit nicht studieren. Er vertritt die Studentenschaft auf der Zentralebene der Hochschule gegenüber Ministerialbürokratie und Presse, Massenmedien. Er arbeitet im Bereich Soziales, hat die Fachschaftsarbeit zu koordinieren und die Selbstorganisation der Studenten durch Bildung von Basisgruppen zu unterstützen.